

Cathérine d'Avoine

Gläubigerbeteiligung im Konzerninsolvenzverfahren



Nomos

Schriften zum Insolvenzrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Ulrich Ehricke, Universität zu Köln und
Prof. Dr. Florian Jacoby, Universität Bielefeld

Band 86

Cathérine d'Avoine

Gläubigerbeteiligung im Konzerninsolvenzverfahren



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Köln, Univ., Diss., 2021

ISBN 978-3-8487-8434-9 (Print)

ISBN 978-3-7489-2809-6 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Für meine Eltern

Vorwort

Konzerne nehmen eine wichtige Stellung in der modernen Wirtschaft ein – und zwar im nationalen wie im internationalen Kontext. Doch kaum ein Unternehmen bleibt von Krisen verschont. Umso erstaunlicher ist, dass erst im Jahr 2018 ein deutsches Konzerninsolvenzrecht in Kraft getreten ist, das den Besonderheiten des Konzernphänomens auch in Krise und Insolvenz Rechnung trägt. Dieses Werk stellt Chancen, Effekte und Effizienz eines koordinierten Vorgehens in Konzerninsolvenzverfahren heraus und erläutert diese. Dabei werden Beteiligungs- und Einflussmöglichkeiten der Gläubiger ebenso beleuchtet wie Konflikte bei der Umsetzung einer konzernweiten Sanierungs- oder Verwertungsstrategie. Das Werk widmet sich der zentralen Frage, ob die Instrumentarien des Konzerninsolvenzrechts ausreichen, ein optimales Ziel im Interesse der Partikularverfahren zu erreichen. In diesem Zusammenhang wird kritisch untersucht, ob die Interessen der jeweiligen Beteiligten angemessene Berücksichtigung finden und inwiefern die Entscheidungsfreiheit der Gläubiger durch das Konzerninsolvenzrecht Einschränkungen erfährt.

An dieser Stelle möchte ich zudem die Gelegenheit ergreifen, um mich aufrichtig bei Prof. Dr. Ehrlicke für seine Betreuung, seine Begeisterung für das Thema und seine Motivation zu bedanken. Daneben gilt mein Dank meinem Zweitkorrektor Herrn Prof. Dr. Thole sowie Prof. Dr. Jacoby als Mitherausgeber dieser Schriftenreihe.

Inhaltsübersicht

A. Kapitel 1: Einführung in das Thema	21
I. Einführung in das Thema	21
II. Problemstellung	22
III. Vorgehensweise/ Gang der Untersuchung	23
B. Kapitel 2: Die Auswahl des Insolvenzverwalters	26
I. Einleitung	26
II. Beteiligungsmöglichkeiten einzelner Gläubiger	27
III. Beteiligungsmöglichkeiten eines vorläufigen Gläubigerausschusses	28
IV. Wahl eines anderen Insolvenzverwalters durch die Gläubigerversammlung	59
V. Zusammenfassung zur Auswahl des Insolvenzverwalters	66
C. Kapitel 3: Gläubigerausschuss und Gruppen-Gläubigerausschuss	68
I. Einleitung	68
II. Aufgaben und Funktionen von Gläubigerausschuss und Gruppen-Gläubigerausschuss	68
III. Förderung und Erreichung der Ziele des § 1 S. 1 InsO und des Konzerninsolvenzrechts	75
IV. Einsetzung eines Gläubigerausschusses und Gruppen- Gläubigerausschusses	77
V. Personelle Besetzung eines (Gruppen-)Gläubigerausschusses	95
VI. Rechtsmittel gegen die (Nicht-)Einsetzung und Besetzung	106
VII. Auflösung eines (Gruppen-)Ausschusses und Abbestellung einzelner Mitglieder	107
VIII. Zusammenfassung zum Gläubigerausschuss und Gruppen- Gläubigerausschuss	116

Inhaltsübersicht

D. Kapitel 4: Wichtige Entscheidungsbefugnisse der Gläubiger und ihre Auswirkungen	119
I. Einleitung	119
II. Wichtige Gläubigerentscheidungen nach der Konzeption der InsO	119
III. Ziel eines (Konzern-)Insolvenzverfahrens	130
IV. Entscheidungskompetenzen und -grundlagen im Konzernkontext	131
V. Die Rolle der Gläubiger und ihr Einfluss auf den Verfahrensverlauf	133
VI. Konsequenzen für das Ziel des § 1 InsO und des Konzerninsolvenzrechts	147
VII. Lösungsansätze	148
VIII. Zusammenfassung zu den Entscheidungen der Gläubiger	150
E. Kapitel 5: Insolvenzplan und Koordinationsplan	152
I. Einleitung	152
II. Zweck und Inhalt eines Insolvenzplans	152
III. Planaufstellung und Abstimmung im Regelinsolvenzverfahren	155
IV. Zweck und Inhalt eines Koordinationsplans	163
V. Planaufstellung und Abstimmung im Konzerninsolvenzverfahren	165
VI. Vorteile aufeinander abgestimmter Insolvenzpläne	172
VII. Zusammenfassung zum Insolvenzplan und Koordinationsplan	173
F. Kapitel 6: Kooperationspflichten der Gläubiger(-organe)	175
I. Einleitung	175
II. Pflicht zur Zusammenarbeit nach § 269c InsO	175
III. Existenz und Umfang von Kooperationspflichten	177
IV. Konsequenzen einer fehlenden Kooperation für die Verfahrensabwicklung	191

V. Lösungsmöglichkeiten	193
VI. Zusammenfassung zu den Kooperationspflichten der Gläubiger(-organen)	200
G. Kapitel 7: Informationsansprüche der Gläubiger	202
I. Einleitung	202
II. Sinn und Zweck von Informationsrechten	202
III. Informationserhalt nach der Konzeption der Insolvenzordnung	203
IV. Erforderlichkeit eines funktionierenden Informationssystems	212
V. Informationsfluss im Konzerninsolvenzverfahren	215
VI. Zusammenfassung zu den Informationsrechten der Gläubiger	222
H. Kapitel 8: Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse	224
Schrifttumverzeichnis	249

Inhaltsverzeichnis

A. Kapitel 1: Einführung in das Thema	21
I. Einführung in das Thema	21
II. Problemstellung	22
III. Vorgehensweise/ Gang der Untersuchung	23
B. Kapitel 2: Die Auswahl des Insolvenzverwalters	26
I. Einleitung	26
II. Beteiligungsmöglichkeiten einzelner Gläubiger	27
III. Beteiligungsmöglichkeiten eines vorläufigen Gläubigerausschusses	28
1. Inhalt und Voraussetzungen des § 56a InsO	29
a) Anhörung eines vorläufigen Gläubigerausschusses, § 56a Abs. 1 InsO	29
b) Vorschlagsrecht eines vorläufigen Gläubigerausschusses, § 56a Abs. 2 S. 1 InsO	29
c) Anforderungsprofil eines vorläufigen Gläubigerausschusses, § 56a Abs. 2 S. 2 InsO	30
d) Zusammenfassung	31
2. Sinn und Zweck des § 56a InsO	32
3. Einführung des § 56b InsO	33
a) Inhalt und Voraussetzungen des § 56b InsO	33
b) Sinn und Zweck des § 56b InsO	35
4. Bestellung eines Konzerninsolvenzverwalters	35
a) Entscheidung, ob ein Konzerninsolvenzverwalter bestellt wird	36
aa) Entscheidungskompetenz der Gerichte	36
bb) Äußerungsrecht der Gläubigerausschüsse	36
cc) Berücksichtigung der Interessen der Gläubiger	37
dd) Ablehnende Stellungnahme nach § 56b Abs. 2 S. 2 InsO	39
ee) Zusammenfassung zur Gläubigerbeteiligung hinsichtlich des „ob“	42
b) Entscheidung, wer das Amt des Konzerninsolvenzverwalters erhält	43

Inhaltsverzeichnis

c) Zusammenfassung zur Gläubigerbeteiligung hinsichtlich des „ob“ und des „wer“	44
5. Durch § 56b InsO bewirkte Änderungen an der Konzeption des § 56a InsO und der Prüfungskompetenz der Gerichte	45
a) Entfallen der Bindungswirkung	45
b) Erweiterung und Verschiebung der gerichtlichen Kompetenz	46
c) Beeinträchtigung der Entscheidungsbefugnis der Gläubiger nach § 56a Abs. 2 InsO	47
d) Kompensation durch ein zusätzliches Äußerungsrecht	49
e) Zusammenfassung zu den durch § 56b InsO bewirkten Änderungen	50
6. Konflikt mit Grundsätzen der Insolvenzordnung	50
7. Erreichung des Zieles des § 56b InsO und Auswirkungen auf die Verfahren	53
8. Zusammenfassung zu den Beteiligungsmöglichkeiten eines vorläufigen Gläubigerausschusses gemäß § 56a InsO	58
IV. Wahl eines anderen Insolvenzverwalters durch die Gläubigerversammlung	59
1. Inhalt und Voraussetzungen des § 57 InsO	59
2. Sinn und Zweck der Regelung	60
3. Wachsende Bedeutung im Konzernkontext?	61
4. Bedenken mit Blick auf die Risikoverteilung nach der Insolvenzordnung	63
5. Auswirkungen einer Abwahlentscheidung	64
6. Zusammenfassung zur Neuwahl nach § 57 InsO	65
V. Zusammenfassung zur Auswahl des Insolvenzverwalters	66
C. Kapitel 3: Gläubigerausschuss und Gruppen-Gläubigerausschuss	68
I. Einleitung	68
II. Aufgaben und Funktionen von Gläubigerausschuss und Gruppen-Gläubigerausschuss	68
1. Vorläufiger Gläubigerausschuss	68
2. „Endgültiger“ Gläubigerausschuss	69
3. Gruppen-Gläubigerausschuss	72
4. Zusammenfassung zu den Aufgaben und Funktionen	74

III. Förderung und Erreichung der Ziele des § 1 S. 1 InsO und des Konzerninsolvenzrechts	75
IV. Einsetzung eines Gläubigerausschusses und Gruppen-Gläubigerausschusses	77
1. Vorläufiger Gläubigerausschuss	77
a) Einsetzungsentscheidung	77
b) Sinn und Zweck der Regelungen	78
2. „Endgültiger“ Gläubigerausschuss	79
a) Einsetzungsentscheidung	79
b) Sinn und Zweck der Regelungen	80
3. Gruppen-Gläubigerausschuss	80
a) Einsetzungsvoraussetzungen	80
b) Einsetzung ohne Bestehen eines Gruppen-Gerichtsstandes	81
aa) Gruppen-Gerichtsstand erforderlich	82
bb) Gruppen-Gerichtsstand nicht erforderlich	82
cc) Stellungnahme	83
dd) Zusammenfassung	88
c) Einfluss der Gläubiger auf die Einsetzungsentscheidung	88
aa) Bestehende Möglichkeiten nach § 269c Abs. 1 S. 1 InsO	88
bb) Bedenken mit Blick auf die Risikotragung und die Gläubigerautonomie	89
cc) Lösungsansätze de lege ferenda	90
d) Auswirkungen des § 269c InsO auf § 68 InsO	91
e) Zusammenfassung zur Einsetzung eines Gruppen-Gläubigerausschusses	93
4. Zusammenfassung zur Einsetzung eines Gläubigerausschusses bzw. Gruppen-Gläubigerausschusses	94
V. Personelle Besetzung eines (Gruppen-)Gläubigerausschusses	95
1. Besetzung der Einzelausschüsse	95
a) Entscheidungsbefugnis	95
b) Sinn und Zweck des § 67 InsO und der Letztentscheidungsbefugnis der Gläubigerversammlung	96
2. Besetzung des Gruppen-Gläubigerausschusses	97
a) Ermessensentscheidung des Gerichts	97
b) Besetzungsvorschläge der Einzelausschüsse	98

Inhaltsverzeichnis

c) Mitgliedschaft im Einzelausschuss als Voraussetzung	99
d) Gläubigerstellung als Voraussetzung für die Wahl in den Gruppen-Gläubigerausschuss	101
e) Konflikt mit dem Grundsatz der Gläubigerautonomie?	102
f) Zusammenfassung zur Besetzung des Gruppen-Gläubigerausschusses	104
3. Zusammenfassung zur Besetzung eines Gläubigerausschusses bzw. eines Gruppen-Gläubigerausschusses	105
VI. Rechtsmittel gegen die (Nicht-)Einsetzung und Besetzung	106
1. Rechtsmittel gegen die (Nicht-)Einsetzung und Besetzung eines (vorläufigen) Gläubigerausschusses	106
2. Rechtsmittel gegen die (Nicht-)Einsetzung und Besetzung eines Gruppen-Gläubigerausschusses	106
3. Zusammenfassung zu den Rechtsmitteln gegen die (Nicht-)Einsetzung und Besetzung	107
VII. Auflösung eines (Gruppen-)Ausschusses und Abbestellung einzelner Mitglieder	107
1. Einzelausschüsse	107
a) Abwahl einzelner Mitglieder	107
b) Auflösung eines Gläubigerausschusses	108
c) Sinn und Zweck der Konzeption	110
d) Konsequenzen für den Gruppen-Gläubigerausschuss	111
e) Zusammenfassung zur Auflösung eines Einzelausschusses/ Abbestellung einzelner Mitglieder	112
2. Auflösung des Gruppen-Gläubigerausschusses bzw. Abbestellung einzelner Mitglieder	112
a) Abwahl einzelner Mitglieder des Gruppenausschusses	112
b) Auflösung des Gruppen-Gläubigerausschusses	113
c) Zusammenfassung zur Auflösung des Gruppenausschusses/ Abbestellung einzelner Mitglieder	115
3. Zusammenfassung zur Auflösung des (Gruppen-)Gläubigerausschusses/ Abberufung einzelner Mitglieder	115
VIII. Zusammenfassung zum Gläubigerausschuss und Gruppen-Gläubigerausschuss	116

D. Kapitel 4: Wichtige Entscheidungsbefugnisse der Gläubiger und ihre Auswirkungen	119
I. Einleitung	119
II. Wichtige Gläubigerentscheidungen nach der Konzeption der InsO	119
1. Festlegung des Verfahrensziels, § 157 InsO	119
a) Regelungsinhalt	119
b) Sinn und Zweck der Regelung	121
2. Entscheidung über die Verwertung der Insolvenzmasse, § 159 InsO	122
a) Regelungsinhalt	122
b) Sinn und Zweck der Regelung	123
3. Zustimmung zu besonders bedeutsamen Rechtshandlungen, § 160 InsO	124
a) Regelungsinhalt	124
b) Sinn und Zweck der Regelung	127
4. Zustimmung zur Betriebsveräußerung unter Wert, § 163 InsO	127
a) Regelungsinhalt	127
b) Sinn und Zweck der Regelung	129
5. Zusammenfassung zu den wesentlichen Beteiligungsmöglichkeiten	129
III. Ziel eines (Konzern-)Insolvenzverfahrens	130
IV. Entscheidungskompetenzen und -grundlagen im Konzernkontext	131
V. Die Rolle der Gläubiger und ihr Einfluss auf den Verfahrensverlauf	133
1. Wegfall eines Lieferanten oder eines Kunden durch eine Stilllegungsentscheidung/ Produktionskette	134
2. Erwerb mehrerer Konzernunternehmen im Verbund	136
3. Ausnutzen einer Forderungsmehrheit/ Strategisches Verhalten	139
a) Abhängigkeit von der Fortführung eines anderen Konzernunternehmens	140
b) Lieferbeziehung/ Produktionskette	142
c) Gemeinsame Veräußerung an einen Interessenten	143
d) Zusammenfassung zum Ausnutzen einer Forderungsmehrheit	144
4. Konkurrierende Unternehmen	144
5. Nachträgliche Änderung der getroffenen Entscheidung	145

Inhaltsverzeichnis

6. Zusammenfassung zu den Auswirkungen auf die Entscheidungskompetenzen und den Verlauf der Verfahren	146
VI. Konsequenzen für das Ziel des § 1 InsO und des Konzerninsolvenzrechts	147
VII. Lösungsansätze	148
VIII. Zusammenfassung zu den Entscheidungen der Gläubiger	150
E. Kapitel 5: Insolvenzplan und Koordinationsplan	152
I. Einleitung	152
II. Zweck und Inhalt eines Insolvenzplans	152
1. Zweck eines Insolvenzplans	152
2. Inhalt eines Insolvenzplans	154
III. Planaufstellung und Abstimmung im Regelinsolvenzverfahren	155
1. Vorlagerecht und Planinitiativrecht	155
2. Stimmrecht und Abstimmung in Gruppen	157
3. Obstruktionsverbot des § 245 InsO	159
4. Rolle des Gerichts	161
5. Zusammenfassung zur Planaufstellung und Abstimmung	162
IV. Zweck und Inhalt eines Koordinationsplans	163
1. Zweck eines Koordinationsplans	163
2. Inhalt eines Koordinationsplans	164
V. Planaufstellung und Abstimmung im Konzerninsolvenzverfahren	165
1. Initiativrecht hinsichtlich des Koordinationsplans	165
2. Beteiligung der Gläubiger an der Aufstellung des Koordinationsplans	165
3. Auswirkungen eines Koordinationsplans auf § 218 Abs. 3 InsO	166
4. Bestätigung des Koordinationsplans durch den Gruppen-Gläubigerausschuss	168
5. Einfluss der Gläubiger hinsichtlich der Umsetzung des Koordinationsplans	168
6. Bedeutung des § 245 InsO im Konzernkontext	170
7. Zusammenfassung zur Planaufstellung und Abstimmung im Konzerninsolvenzverfahren	171
VI. Vorteile aufeinander abgestimmter Insolvenzpläne	172

VII. Zusammenfassung zum Insolvenzplan und Koordinationsplan	173
F. Kapitel 6: Kooperationspflichten der Gläubiger(-organe)	175
I. Einleitung	175
II. Pflicht zur Zusammenarbeit nach § 269c InsO	175
III. Existenz und Umfang von Kooperationspflichten	177
1. Befürworter von Kooperationspflichten der Gläubiger und Gläubigerorgane	177
2. Gegner von Kooperationspflichten der Gläubiger und Gläubigerorgane	181
3. Stellungnahme	184
IV. Konsequenzen einer fehlenden Kooperation für die Verfahrensabwicklung	191
V. Lösungsmöglichkeiten	193
1. Lösungsansatz in der Literatur	193
2. Lösungsmöglichkeit de lege lata	195
3. Lösungsmöglichkeit de lege ferenda	196
4. Zusammenfassung zu den Lösungsmöglichkeiten	199
VI. Zusammenfassung zu den Kooperationspflichten der Gläubiger(-organen)	200
G. Kapitel 7: Informationsansprüche der Gläubiger	202
I. Einleitung	202
II. Sinn und Zweck von Informationsrechten	202
III. Informationserhalt nach der Konzeption der Insolvenzordnung	203
1. Berichterstattung durch den Insolvenzverwalter, § 156 InsO	204
2. Informationspflicht des Gläubigerausschusses, § 69 InsO	207
3. Informationsrecht der Gläubigerversammlung, § 79 InsO	208
4. Zusammenfassung zu den Informationsrechten und -pflichten nach der Insolvenzordnung	211
IV. Erforderlichkeit eines funktionierenden Informationssystems	212
V. Informationsfluss im Konzerninsolvenzverfahren	215
1. Bestellung eines einheitlichen Verwalters	215
2. Verschiedene Insolvenzverwalter	216
3. Gruppen-Gläubigerausschuss	218

Inhaltsverzeichnis

4. Kein unmittelbarer Informationsaustausch zwischen den Gläubigerversammlungen	219
5. Zusammenfassung zum Informationsfluss im Konzerninsolvenzverfahren	221
VI. Zusammenfassung zu den Informationsrechten der Gläubiger	222
H. Kapitel 8: Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse	224
Schrifttumverzeichnis	249